In der Parteigerichtssache

des Herrn R aus W

-Antragsteller und Rechtsbeschwerdeführer-

g e g e n

1. den CDU-Ortsverband W,
vertreten durch den Ortsverbandsvorstand,
dieser vertreten durch den Ortsverbandsvorsitzenden Herrn B aus W

2. den CDU-Stadtverband W,
dieser vertreten durch die Stadtverbandsvorsitzende Frau L aus W

-Antragsgegner und Rechtsbeschwerdegegner-

Verfahrensbevollmächtigter zu 1. und 2.:

Rechtsanwalt O aus K

Beigeladener:

CDU-Kreisverband Rh-B Kreis,
vertreten durch den Kreisvorstand,
dieser vertreten durch den Kreisvorsitzenden,
Herrn R MdL in B-Gl

wegen Einladung zu Vorstandssitzungen hat das Bundesparteigericht der CDU aufgrund der mündlichen Verhandlung am 26. März 1996 in Bonn durch

Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning

-als Vorsitzenden-

Regierungsdirektor Bernhard Hellner

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Heidi Lambert-Lang

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Dr. Pia Rumler-Detzel

Rechtsanwalt Friedrich W. Siebeke

-als beisitzende Richter-

beschlossen:

Die Rechtsbeschwerde des Antragstellers gegen die Entscheidung des CDU-Landesparteigerichts Nordrhein-Westfalen vom 02. Oktober 1995 wird zurückgewiesen.

Die Entscheidung ergeht gebührenfrei. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

I.

Die Parteien streiten um das vom Antragsteller beanspruchte Teilnahmerecht an den Vorstandssitzungen der Antragsgegner.

Der Antragsteller ist Mitglied der CDU im Kreisverband Rh-B Kreis des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Kreis gehört der Stadtverband W (§ 16 Abs. 1 CDU-Landessatzung). Eine seiner Untergliederungen ist der Ortsverband W (§ 14 Ziffer 3 Landessatzung). Bei diesem Ortsverband wird der Antragsteller als CDU-Mitglied geführt (§ 5 Abs. 5 Satz 1 Landessatzung). Der Kreisverband Rh-B Kreis ist mit anderen Kreisverbänden zum Bezirksverband B Land zusammengefaßt (§§ 14 Ziffer 2 und 17 Abs. 1 Ziffer 2 Landessatzung).

Der Antragsteller ist Vorsitzender der Jungen Union des Bezirksverbandes B Land (§§ 30 Ziffer 2, 31 Abs. 2 Satz 1 Landessatzung). In dieser Eigenschaft nimmt er aufgrund § 17 Abs. 3.3 der Landessatzung beratend an den Sitzungen des Vorstandes des Bezirksverbandes B Land teil. Diese Bestimmung lautet:

„Der Bezirksvorstand besteht aus:

- a. dem Bezirksvorsitzenden,
- b. einer durch den Bezirksparteitag mit der Mehrheit seiner Mitglieder festzulegenden Zahl von stellvertretenden Vorsitzenden,
- c. einer durch den Bezirksparteitag mit der Mehrheit seiner Mitglieder festzulegenden Zahl von weiteren Mitgliedern des Bezirksvorstandes,
- d. dem mit der Durchführung der laufenden Geschäfte beauftragten Kreisgeschäftsführer.

Die Bezirksvorsitzenden der Vereinigungen und die dem Bezirksverband angehörenden Mitglieder des Landesvorstandes nehmen beratend an den Sitzungen des Bezirksvorstandes teil.“

Der Antragsteller war bis zu den Vorstandswahlen 1995 Vorsitzender des Antragsgegners zu 1.). Er beansprucht, weiterhin an den Sitzungen der Vorstände der Antragsgegner, also des Stadtverbandes sowie des Ortsverbandes W - jetzt als beratendes Mitglied - teilzunehmen und deshalb zu diesen Sitzungen eingeladen zu werden. Dieses Teilnahmerecht stützt er auf jeweils als Satzung bezeichnete Beschlüsse des Stadt- und des Ortsverbandes W und hierbei besonders auf die unter § 5 Abs. 2 f. getroffene Regelung. Die Beschlüsse sind in Mitgliederversammlungen der beiden Verbände im Februar 1991 gefaßt worden. § 5 der Beschlüsse lautet übereinstimmend:

„Der Vorstand des Stadtverbandes besteht aus dem Vorsitzenden, drei Stellvertretern (je ein Vertreter aus den Ortsverbänden), dem Geschäftsführer, dem Kassierer und fünf Beisitzern.

Dem Vorstand gehören mit beratender Stimme an:

- a. Der Bürgermeister und sein Stellvertreter, soweit sie der CDU angehören,
- b. der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion,
- c. ein Mitglied der CDU-Kreistagsfraktion aus dem Stadtverband, der von der Fraktion selbst benannt wird,
- d. die zuständigen Bundes- und Landtagsabgeordneten, soweit sie der CDU angehören,
- e. die Vorsitzenden der Vereinigungen auf Stadtverbandsebene,
- f. die Mitglieder übergeordneter CDU-Vorstände (Kreis, Bezirk, Land, Bund) (gemäß § 20 (3.2) und § 53 Kreissatzung sowie § 17 (3.3) und § 52 Landessatzung.“

Der Antragsteller trägt vor:

- Als Vorsitzender des JU-Bezirksverbandes B Land sei er beratendes Mitglied des CDU-Bezirksvorstandes B Land (§ 17 Abs. 3.3 letzter Satz der Landessatzung). § 24 Abs. 2 der Kreissatzung bestimme, daß an den Sitzungen des Erweiterten Kreisvorstandes auch die nicht gewählten Mitglieder des Bezirksvorstandes teilnehmen. Diese Bestimmung gelte mangels eigener Satzungen auch für die Zusammensetzung der Vorstände der Antragsgegner. Dies mit der Besonderheit, daß in diesen Vorständen kein Unterschied zwischen gewählten und nichtgewählten Mitgliedern gemacht werde.
- Das Parteiengesetz stehe seinem Teilnahmerecht an den Vorstandssitzungen nicht entgegen. § 11 Abs. 2 Satz 1 Parteiengesetz erlaube für ein Vorstandsmitglied auch den Status eines beratenden Mitglieds. Für ihn ergebe sich dieser Status als nichtgewähltes beratendes Mitglied der Vorstände der Antragsgegner mittelbar daraus, daß er Vorsitzender des JU-Bezirksverbandes B Land sei.
- Die im Februar 1991 von den Mitgliederversammlungen der Antragsgegner gefaßten Beschlüsse mögen zwar keinen satzungsrechtlichen Charakter besitzen, sie enthielten jedoch eine klare Willensentscheidung der Mitgliederversammlungen inbezug auf die Zusammensetzung ihrer Vorstände. Diese Beschlüsse würden zwischen gewählten und nicht direkt gewählten (beratenden) Mitgliedern keinen Unterschied machen. Es komme daher nicht darauf an, in welcher Funktion er den Vorständen angehöre.
- Die Kreissatzung regle in den für die Stadt- und Ortsverbände maßgebenden Bestimmungen (§§ 29 Abs. 2 und 31 Abs. 4) lediglich, was die Mitgliederversammlungen dürfen, nicht jedoch, was sie nicht dürfen. Nirgendwo untersage die Kreissatzung den Mitgliedern der Stadt- und zugehörigen Ortsverbände, mittels Beschluß beratende Mitglieder für ihre Vorstände vorzusehen.
- In der Satzung des Kreisverbandes (§ 24 Abs. 2) sowie der übergeordneten Verbände seien jeweils beratende Vorstandsmitglieder vorgesehen. Diese Vorstandsfunktion könne daher nicht den unselbständigen, keine organisatorische Einheit bildenden Stadt- und Ortsverbänden verwehrt werden.

- Aufgrund seiner in der Vergangenheit niemals bestrittenen Mitgliedschaft in den Vorständen der Antragsgegner habe er in den Mitgliederversammlungen nicht für ein Vorstandsamt kandidiert. Seine Mitgliedschaft in den Vorständen folge daher auch aus dem Grundsatz von Treu und Glauben.

- Seine Teilnahme an den Vorstandssitzungen der Antragsgegner sei auch im Interesse des Informationsaustausches geboten. Als JU-Bezirksvorsitzender nehme er an den Sitzungen des CDU-Bezirksvorstandes teil. Die hierbei erlangten Informationen würde er den Vorständen der Antragsgegner vermitteln. Gleichzeitig würde er Anregungen und Vorschläge aus diesen Sitzungen an die Bezirksebene weiterleiten. Damit würde er eine Informationsfunktion in beide Richtungen erfüllen, die allen beteiligten Gremien zum Vorteil gereiche.

Die Antragsgegner bringen vor, daß die im Februar 1991 in ihren Mitgliederversammlungen über die Zusammensetzung ihrer Vorstände gefaßten und jeweils als Satzung bezeichneten Beschlüsse mangels Satzungshoheit nichtig seien. Aus diesen Beschlüssen sowie aus der Satzung des Kreisverbandes könne der Antragsteller daher kein Recht zur Teilnahme an den Vorstandssitzungen herleiten. Die Einladung von beratenden Mitgliedern zu den Vorstandssitzungen liege aufgrund der Organisationskompetenz im Ermessen der gewählten Vorstände. Derartige Einladungen seien nicht ausgesprochen worden.

Das Kreisparteigericht hat das Begehren des Antragstellers zurückgewiesen unter Hinweis auf die mangels Satzungshoheit fehlende Berechtigung der Antragsgegner, eigene organisatorische Regelungen für die Zusammensetzung ihrer Vorstände zu treffen. Auch die Berufung auf § 24 der Kreissatzung greife nicht, weil diese Bestimmung den „Erweiterten Kreisvorstand“ zum Gegenstand habe und daher nicht als bindene Festlegung auf die Stadt- und Ortsverbände übertragen werden könne.

Das Landesparteigericht hat die vom Antragsteller gegen diese Entscheidung eingelegte Beschwerde zurückgewiesen und seine Entscheidung im wesentlichen wie folgt begründet:

Die von den Mitgliederversammlungen der beiden Antragsgegner im Februar 1991 gefaßten Beschlüsse seien entgegen ihrer Benennung mangels eigener Satzungshoheit nicht als Satzungen zu verstehen. Auf diese Bestimmungen könne der Antragsteller sich daher nicht berufen. Ein gewählter Vorstand könne zwar zu seinen Sitzungen Berater hinzuziehen, ein Teilnahmerecht könne hieraus jedoch nicht abgeleitet werden. Der Antragsteller sei kein Mitglied des Bezirksvorstandes. Das folge aus der Landessatzung, die in § 17 Abs. 3.3 die Zusammensetzung dieses Gremiums im einzelnen festlege. Erst in einem Zusatz zu dieser Regelung werde gesagt, wer „beratend an den Sitzungen des Bezirksvorstandes teilnimmt“. Dieser Zusatz zeige, daß der Antragsteller als beratender Teilnehmer kein Mitglied des Bezirksvorstandes sei.

Der Antragsteller hat gegen diese Entscheidung Rechtsbeschwerde eingelegt und beantragt,
unter Aufhebung der Entscheidung des Landesparteigerichts die
Antragsgegner zu verpflichten, ihn als Bezirksvorsitzenden der Jungen

Union des Bezirksverbandes B. Land zu ihren Vorstandssitzungen als Mitglied mit beratender Stimme einzuladen.

Die Antragsgegner beantragen

die Zurückweisung der Rechtsbeschwerde.

Zur Begründung ihrer Anträge wiederholen die Parteien ihre rechtlichen Darlegungen.

II.

Die fristgerecht eingereichte Rechtsbeschwerde ist unbegründet.

1. Die in den Mitgliederversammlungen der Antragsgegner im Februar 1991 gefaßten Beschlüsse über die Mitgliedschaft in ihren Vorständen sind mangels fehlender eigener Satzungshoheit unwirksam. Die Antragsgegner sind Untergliederungen des Kreisverbandes Rh-B Kreis der CDU (§ 19 Bundesstatut). Der Kreisverband bildet die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU (§ 18 Abs. 2 Bundesstatut). Ihre Untergliederungen (Stadt/Gemeindeverbände und Ortsverbände) dürfen nur im Einvernehmen mit dem Kreisverband als unterste Satzungsebene der CDU von Fall zu Fall organisatorische Maßnahmen treffen (§ 19 Abs. 1 Satz 3 Bundesstatut, § 27 Abs. 1 Kreissatzung). Generelle Maßnahmen im Sinne einer das Verbandsleben bestimmenden Grundentscheidung zu Organisation und Mitgliedschaft, also einer körperschaftlichen Verfassung, stehen den unterhalb der Kreisverbandsebene befindlichen Organisationsstufen nicht zu. Die im Februar 1991 gefaßten Beschlüsse besitzen daher mangels Kompetenz keinerlei Normcharakter.

2. Die fehlende satzungsmäßige Zuständigkeit der Mitgliederversammlungen der Antragsgegner wird auch vom Antragsteller nicht verkannt. Seine Auffassung, daß jedenfalls aus den §§ 29 Abs. 2 und 31 Abs. 4 der Kreissatzung, wonach die Mitgliederversammlungen der zugehörigen Stadt- und Ortsverbände die Anzahl der von ihnen in die Vorstände zu wählenden Mitglieder festzulegen haben, sein Teilnahmerecht an den Vorstandssitzungen abzuleiten sei, geht fehl. Die angeführten Bestimmungen der Kreissatzung übertragen den Stadt- und Ortsverbänden die Festlegung der Anzahl der in ihren Mitgliederversammlungen in ihre Vorstände zu wählenden Mitglieder. Kein Parteimitglied kann aus dieser generellen Festlegung der Anzahl der Vorstandsmitglieder hinsichtlich seiner Person Rechte herleiten. Der Antragsteller erhebt demgemäß auch keinen Anspruch auf Berücksichtigung seiner Person bei der Vergabe der durch Wahl zu besetzenden Vorstandsämter. Wohl verlangt er aufgrund der im Februar 1991 gefaßten Beschlüsse seine Berücksichtigung als beratendes Mitglied. Hierzu ermangelt es aber der satzungsrechtlichen Grundlage. Mitgliederversammlungen können nur die in der Satzung vorgesehenen Vorstandspositionen durch die Wahl bestimmter Personen besetzen, jedoch nicht durch Wahlen zusätzliche Vorstandspositionen schaffen.

3. Das Begehren des Antragstellers kann überdies auch nicht aus dem Wortlaut des § 5 lit. f. der jeweils als Satzung bezeichneten Beschlüsse hergeleitet werden. Nach diesen Beschlüssen gehören „die Mitglieder der übergeordneten CDU-Vorstände (Kreis, Bezirk und Bund)“ dem jeweiligen Vorstand mit beratender Stimme an. Die Rechtsstellung eines Mitglieds mit beratender Stimme ist jedoch von der eines gewählten Mitgliedes streng zu trennen. Das dem Satzungsrecht der Parteien übergeordnete Parteiengesetz kennt keine beratenden Mitglieder, sondern nur stimmberechtigte Mitglieder (§ 11 Parteiengesetz, sogenannter Beschlußvorstand, hierzu Wolfrum, Die innerparteiliche demokratische Ordnung, Seite 116; Seifert, Die politischen Parteien, Seite 240 f.).

In Übereinstimmung mit dem Parteiengesetz kennt auch das Bundesstatut der CDU keine beratenden Vorstandsmitglieder, sondern in Bezug auf den Bundesgeschäftsführer nur einen Teilnehmer mit beratender Stimme (§ 33 Abs. 2 Bundesstatut). Soweit die Satzung des Landesverbandes NRW bestimmten Funktionsträgern eine beratende Teilnahme an den Sitzungen des Landesvorstandes ermöglicht (§ 26 Abs. 2), werden diese hierdurch nicht Mitglieder des Landesvorstandes. Gleiches gilt für die Satzungen der Bezirksvorstände (§ 17 Abs. 3.3 Landessatzung) sowie für die Satzung des Rh-B Kreises (§ 24 Abs. 2 Kreissatzung). Die satzungsgemäß vorgesehene Möglichkeit zur Teilnahme verschafft den in Betracht kommenden Funktionsträgern somit keine (stimmberechtigte) Mitgliedschaft, sondern nur die Stellung eines beratenden Teilnehmers. Der Antragsteller ist daher als Vorsitzender des JU-Bezirksverbandes B Land weder Mitglied des Bezirksvorstandes B Land noch des Vorstandes des Kreisverbandes Rh-B Kreis; er gehört diesen Gremien nur als beratender Teilnehmer an. Er besitzt daher nicht die Rechtsstellung des Mitgliedes eines übergeordneten CDU-Vorstandes im Sinne des § 5 lit. f. der vorbezeichneten Beschlüsse.

4. Der Antragsteller hat auch nicht das Recht auf beratende Teilnahme an den Vorstandssitzungen der Antragsgegner. Soweit er dieses Recht auf die im Februar 1991 gefaßten Beschlüsse stützt, ist ihm entgegenzuhalten, daß die Stadt- und Ortsverbände mangels Satzungshoheit nur im Einvernehmen mit dem Kreisverband Regelungen hinsichtlich ihrer Organisationsstruktur treffen dürfen (§ 19 Abs. 1 Satz 3 Bundesstatut). Die im Februar 1991 gefaßten Beschlüsse sind jedoch nicht im Einvernehmen mit dem Kreisverband zustandegekommen.

Das Recht auf Teilnahme an den Vorstandssitzungen der Antragsgegner kann der Antragsteller auch nicht aus § 24 Abs. 2 der Kreissatzung ableiten. Diese Bestimmung regelt die Zusammensetzung des Erweiterten Kreisvorstandes. Bei diesem Gremium handelt es sich in gleicher Weise wie bei dem Bundesausschuß der CDU (§ 30 Bundesstatut) um einen Parteiausschuß im Sinne des § 12 Parteiengesetz. Derartigen Gremien kommt als sogenannten Kleinen Parteitagen vornehmlich eine Überbrückungsfunktion zwischen den Parteitagen zu (vgl. § 31 Abs. 1 Bundesstatut, § 24 Abs. 4 Kreissatzung). Sie dienen vor allem der parteiinternen Willensbildung sowie der Koordinierung interner Parteigruppierungen zwischen den Parteitagen (Seifert, Die politischen Parteien, Seite 248). Die unter der Kreisverbandsebene angesiedelten Stadt- und Ortsverbände besitzen mangels eigener Satzungshoheit keine Parteiausschüsse im Sinne des § 12 Parteiengesetz. § 24 Kreissatzung bietet dem Antragsteller

somit gleichfalls keinen Ansatzpunkt für ein Teilnahmerecht an den Vorstandssitzungen der Antragsgegner, weil „Erweiterte Vorstände“ auf diesen Organisationsstufen nicht vorhanden sind.

5. Soweit der Antragsteller auf den durch seine Tätigkeit in Vorständen auf verschiedenen Organisationsstufen ermöglichten Informationsaustausch verweist, ist zu beachten, daß das Parteiengesetz dieser innerparteilichen integrationsfördernden Aufgabe bei der Zusammensetzung der Leitungsgremien der Parteien durchaus Rechnung getragen, aber sie gleichzeitig auch begrenzt hat durch die Regelung, daß der Anteil der nicht unmittelbar zu diesen Gremien gewählten Mitglieder kraft Amtes ein Fünftel der Gesamtzahl der Mitglieder nicht übersteigen darf (§§ 9 Abs. 2, 11 Abs. 2 Parteiengesetz). Derartige geborene Mitglieder (ex officio-Mitglieder) sind in gleicher Weise stimmberechtigt wie die in die jeweiligen Leitungsgremien gewählten Mitglieder. Ein derartiger Mitgliederstatus kommt dem Antragsteller indessen nicht zu; er wird auch nicht von ihm beansprucht.

6. Der vom Antragsteller vorgebrachte Umstand, daß er sich aufgrund der von ihm angenommenen ex officio-Mitgliedschaft in den Vorständen der Antragsgegner nicht zusätzlich als Mitglied zu diesen Gremien zur Wahl gestellt habe, vermag weder sein Mitgliedschaftsrecht noch sein Teilnahmerecht zu begründen. Mitgliedschafts- und Teilnahmerechte in Parteiorganen sind durch Satzungen und die darin angeordneten Wahlen und Teilnahmerechte geregelt. Außerhalb dieser Regelungen angesiedelte Umstände oder Überlegungen vermögen weder eine Mitgliedschaft noch ein Teilnahmerecht zu begründen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 43 PGO.